

Internationale Freigeistige Rundschau 2/2019

Vereinte Nationen

(5132) **New York.** Bernardito Auza, Ständiger Beobachter des Heiligen Stuhls bei den Vereinten Nationen, verurteilte in einem Redebeitrag die Gender-Theorie. Nach Meinung des Heiligen Stuhls sei das Geschlecht einer Person eine „objektive Tatsache“ und keine „Wahl“.

Als die Kommission 1947 gegründet wurde, so Erzbischof Auza, „gab es ein klares Verständnis davon, was es bedeutet, eine Frau zu sein“. Damals war es etwa die Hälfte der Menschheit, mit zwei X-Chromosomen und besonderen Eigenschaften, die sich von der anderen Hälfte der Menschheit, den Männern, unterschieden. „Dieser Konsens wurde leider durch das jüngste Phänomen der Genderideologie untergraben“. Diese Vorstellung, so Auza, behindere die Beziehung zwischen Männern und Frauen (inwiefern, ließ er allerdings offen). „Papst Franziskus ist besorgt darüber, Kindern die Genderideologie beizubringen“, sagte sein Vertreter vor der UN-Kommission. (*Vatican News*, 22.3.19)

Anm. MIZ-Red.: Zugegeben: Kaum ein Berufsstand außer den Medizинern hat so umfangreiche praktische Kenntnisse über die männlichen und weiblichen Geschlechtsteile von Kindern wie die katholischen Kleriker. Umso verwunderlicher ist, dass gerade im Vatikan noch nicht bekannt sein soll, dass etwa jedes 400. Kind sowohl weibliche und als auch männliche Geschlechtsmerkmale hat. Außerdem kann die Psyche durchaus eine Rolle bei der Geschlechtsbestimmung spielen, denn sie beeinflusst das Verhalten gegenüber männlichen und weiblichen Mitmenschen.

Europa

Deutschland

(5133) **Erfurt.** In einem Grundsatzurteil hat das Bundesarbeitsgericht nach einem zehnjährigen Rechtsstreit die Sonderrechte der katholischen Kirche als Arbeitgeber beschränkt. Ein Mitarbeiter, der nach seiner Scheidung noch einmal standesamtlich heiratet, darf auch von einem kirchlichen Arbeitgeber nicht einfach gekündigt werden. Dem Urteil ging allerdings eine endgültige Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom September 2018 voraus (vgl. *MIZ* 3/18, Meldung 5042), die nun das BAG nur noch umsetzte. Die katholische Kirche überlegt angesichts der grundsätzlichen Bedeutung noch, ob sie vor das Bundesverfassungsgericht ziehen soll, das allerdings bei dieser Gelegenheit auch seine extrem kirchenfreundliche Rechtsprechung aus den 50er- und 60er Jahren korrigieren könnte. Andererseits betonte der Pressesprecher der beklagten Erzdiözese Köln, dass die Kirche heute eine solche Kündigung "wohl" nicht mehr aussprechen würde. Denn 2015 hätten die katholischen Bistümer ihr Arbeitsrecht liberalisiert. Die strengen Loyalitätsanforderungen gelten nur noch für verkündigungsnahe Berufe. Weil das Arbeitsgericht und das Landesarbeitsgericht der Kündigungsschutzklage des betroffenen Chefarztes stattgegeben hatten, ist er weiterhin in dem Düsseldorfer Krankenhaus beschäftigt. [Az: 2 AZR 746/14] (*Tagesschau*, 20.2.19; *Augsburger Allgemeine*, 21.2.19)

(5134) **Osnabrück.** Das Bistum Osnabrück will Priestern, die des "schweren" Missbrauchs überführt wurden, soll das Gehalt auf 1.000 Euro kürzen. Da die eingesparte Summe aber nicht den Opfern zugute kommen soll, will die Diözese die

pädophilen Neigungen eines Teils ihres Personals dazu nutzen die eigenen Finanzen aufzubessern und sich gleichzeitig aus der Verantwortung gegenüber den Opfern stehlen. Im Fall einer Entlassung aus dem Klerikerstand würden ohnehin alle Zahlungen der Diözese eingestellt. Im Fall einer Entlassung aus dem Klerikerstand würden auch alle Zahlungen der Diözese eingestellt. Eine rechtliche Prüfung dieser Maßnahmen steht aber noch aus. (KNA, 28.2.19)

(5135) **Berlin.** Der Berliner Erzbischof Koch hat die Einführung des Internationalen Frauentags am 8. März als gesetzlichen Feiertag in der Hauptstadt kritisiert. Das Berliner Abgeordnetenhaus hatte dies erst Ende Januar mit 87 zu 60 Stimmen beschlossen. Koch berief sich auf eine angebliche Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung (die aber noch gar nicht ermittelt wurde) und bemängelte, dass ein nichtreligiöser Feiertag statt dem Reformationstag eingeführt wurde. Tatsächlich ist aber auch in Berlin die Mehrzahl der Feiertage religiösen Ursprungs, während nur ein Viertel der Einwohner katholisch oder evangelisch ist. (KNA, 2.3.19)

(5136) **München.** Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat entschieden, dass Richter und Staatsanwälte in Bayern im Dienst keine religiös oder weltanschaulich geprägten Symbole oder Kleidungsstücke tragen dürfen. Gegen das damit bestätigte Kopftuchverbot hatte eine islamische Religionsgemeinschaft eine Popularklage angestrengt. Deren Vertreter argumentierten, dass das Verbot gegen die Religionsfreiheit verstoße. Die Verfassungsrichter sind dieser Argumentation nur bedingt gefolgt. Ihrer Ansicht nach berührt das Verbot zwar die Religionsfreiheit. Doch die Pflicht des Staates zu weltanschaulicher und religiöser Neutralität in der Justiz wiegt für die Verfassungsrichter schwerer.

Den Einwand, dass auch das Kopftuchverbot gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoße, weil Kreuze in Bayerns Gerichtssälen erlaubt seien, verwarf das Gericht. Die Ausstattung von Gerichtssälen sei etwas anderes als das Tragen von religiösen Symbolen durch Amtsträger. Durch ein Kreuz im Saal werde die Unabhängigkeit von Richterinnen und Staatsanwälten nicht beeinträchtigt. (*Bayerischer Rundfunk*, 18.3.19)

Anm. MIZ-Red.: Die Argumentation für Kreuze in Gerichtssälen ist an den Haaren herbeigezogen. Durch sie wird nämlich nicht die Unabhängigkeit der einzelnen handelnden Personen in Frage gestellt, sondern die richterliche Unabhängigkeit und die weltanschauliche Neutralität des Staates insgesamt.

(5137) **Eichstätt.** Gergor Hanke, Bischof von Eichstätt, stellt das Finanzsystem der deutschen Kirchen infrage. Neue und kreativere Wege der Kirchenfinanzierung seien nötig, denn aufgrund der Kirchengaustritte und der demografischen Entwicklung würden die Kirchensteuereinnahmen „spätestens in zehn Jahren einbrechen“. Auch die Finanzausschüsse des Staates aus dem allgemeinen Steuertopf sieht Hanke unter zunehmenden Rechtfertigungsdruck: „In Deutschland gibt es immer weniger Kirchenmitglieder, sodass es die Mehrheit der Deutschen irgendwann einmal nicht mehr einsehen wird, für die Kirchen zu zahlen.“ Die Kirche müsse „die Bereitschaft aufbringen, auf Privilegien zu verzichten“, die Staatsleistungen könne man abschaffen.

Eine andere Lösung sieht er darin, die personengebundenen Staatsleistungen in kirchliche Einrichtungen einzuspeisen, die der Allgemeinheit dienen, etwa in Schulen, denn so „hätte auch der nicht kirchlich gebundene Steuerzahler die Gewähr, dass sein Geld zu allgemeinem Nutzen verwendet wird.“ Patentrezepte gebe es da nicht, doch der Bischof verweist auf Österreich, wo die Kirche selbst ihre Beiträge eintreibt. Freiwilligkeit sei immer ein guter Weg. Das bayerische

Kultusministerium zeigte sich offen für Hanks Vorschläge. (*Augsburger Allgemeine*, 29. u. 30.3.19)

Anm. *MIZ*-Red.: In Österreich existiert faktisch eine Art Kirchensteuer, die aber als "Kirchenbeiträge" firmiert, weil die Kirchen vom Finanzamt lediglich die Einkommensdaten ihrer Mitglieder erhalten, aufgrund derer sie dann die Kirchenbeiträge erheben. Mit den heutigen elektronischen Möglichkeiten wäre dieser eigenständige Einzug sogar kostengünstiger möglich als über staatliche Finanzämter, die (je nach Bundesland) zwischen 2,9 und 4,5 Prozent der Kirchensteuersumme kassieren. Allerdings wird den Kirchenmitgliedern dann unmittelbar vor Augen geführt, welche immensen Summen sie an die Kirchen abführen. Daher halten die deutschen Kirchen lieber am bisherigen System fest.

(5138) **Augsburg.** Die bereits 2018 auf Rekordniveau gestiegene Zahl der Kircheng Austritte scheint 2019 auf einen nochmaligen Höhenflug zuzusteuern. Die bundesweit repräsentative 300.000-Einwohner-Stadt Augsburg verzeichnete im ersten Quartal 720 Austritte, also einen Zuwachs von 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die Kirchen in diesem Zeitraum eine extrem negative Berichterstattung erfuhren. (*MIZ*-Eigenmeldung; vgl. auch *MIZ* 1/19, Meldung 5108)

(5139) **Limburg.** Die einstige Wohnung von Bischof Tebartz-van Elst wird für 225.000 Euro zum Museum umgebaut. Das im Volksmund "Museum für katholische Verschwendung" genannte Gebäude soll der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, das Untergeschoss mit der legendären Doppel-Badewanne bleibt Lagerraum. (*KNA*, 12.4.19)

(5140) **Templin/Straßburg.** Die *Kirche des Fliegenden Spaghettimonsters Deutschland e.V. (FSM)* hat beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg Beschwerde eingelegt, weil sie sich in Deutschland diskriminiert sieht. Unterstützt wird sie dabei von der *Giordano Bruno Stiftung* und dem Institut für Weltanschauungsrecht. "Der Beschwerdeführer sieht sich als Weltanschauungsgemeinschaft und möchte von seinem Recht auf Weltanschauungsfreiheit Gebrauch machen und seine weltanschaulichen Rituale praktizieren. Dieser Status wird ihm von deutschen Gerichten jedoch abgesprochen und die Ausübung seiner Weltanschauungsfreiheit in Teilen verweigert", teilte die *FSM* mit.

Entzündet hatte sich der Rechtsstreit an Schildern am Ortseingang von Templin in der Uckermark im Jahr 2014. Die *FSM*-Gemeinde Uckermark hatte darauf Nudelmesse-Uhrzeiten neben einer Abbildung des Spaghettimonsters vermerkt, und zwar an jene Masten, an denen auch die katholische und die evangelische Kirche mit Schildern auf ihre Gottesdienste hinwiesen. Der Landesbetrieb Straßenwesen hängte sie wieder ab. Die *FSM* klagte gegen den Landesbetrieb, aber weder das Landgericht noch das Oberlandes- oder das Bundesverfassungsgericht beschäftigten sich damit in der Sache.

Die *FSM* will in Straßburg erreichen, dass sie als eine eigenständige "Konfession" der Weltanschauung des evolutionären Humanismus bewertet wird. Kritik an Religion und Dogmatismus sei ein integraler Bestandteil humanistischer Weltanschauungen. (*heise.de*, 14.4.19)

Frankreich

(5141) **Paris.** „Der Heilige Stuhl hat von der Presse erfahren, dass die französischen Behörden eine Untersuchung gegen Erzbischof Luigi Ventura, Apostolischer Nuntius

in Paris, eingeleitet haben. Der Heilige Stuhl erwartet das Ergebnis der Untersuchung“, teilte ein Vatikan sprechers lapidar mit.

Gegen den Erzbischof wird wegen sexueller Belästigung ermittelt, weil er sich während eines Empfangs einem Mann unsittlich genähert haben soll. Nach Angaben eines in der Zeitung *Le Monde* zitierten Anwalts sei die behördliche Untersuchung „sehr komplex“, da Ventura die Möglichkeit habe, seine diplomatische Immunität zu nutzen. Da der Nuntius aber traditionell Vorsitzender des diplomatischen Korps ist und dort zwangsläufig eine führende Rolle einnimmt, halten es Beobachter für unvermittelbar, dass er bei einer solchen Verfehlung auf seinem Posten bleibt - zumal sich die Vorwürfe auf einen mutmaßlichen Vorfall beziehen, der sich gerade erst im Januar 2019 abgespielt hat. (*Le Monde*, 14.2.19; *vatican news*, 15.2.19; *Augsburger Allgemeine*, 16.2.19)

Anm. *MIZ*-Red.: Jetzt kann der Vatikan gleich mal zeigen, wie ernst es ihm mit der Verfolgung von sexuellem Missbrauch in den eigenen Reihen ist. Verbale Schuldeingeständnisse hat es nun ja (außer beim Papst persönlich) genug gegeben. Aus den Verbrechen der Vergangenheit haben aber einige - vielleicht sogar viele - Kleriker immer noch nichts gelernt.

(5142) **Lyon.** Kardinal Philippe Barbarin wurde zu sechs Monaten Haft auf Bewährung verurteilt, weil er dem Gericht zufolge Missbrauch vertuscht hat. Der Richter erklärte ihn für schuldig, zwischen 2014 und 2015 „Missbrauch nicht angezeigt“ zu haben. Er übergab damit das Plädoyer des Staatsanwalts, der Freispruch wegen Verjährung gefordert hatte.

Merkwürdig waren die widersprüchlichen Reaktionen der Betroffenen. Kardinal Barbarin wies einerseits den Vorwurf zurück, einen pädophilen Priester gedeckt zu haben. Folglich kündigten seine Anwälte an in Berufung zu gehen. Andererseits kündigte Barbarin beim Papst seinen Rücktritt an, und die Französische Bischofskonferenz erklärte, dass sie das Gerichtsurteil respektiere. Kurz darauf zeigten sich die Bischöfe ebenso wie die Öffentlichkeit sehr überrascht, dass der Papst den Rücktritt ablehnte.

Im Namen der Opfer Pater Preynats begrüßte der Präsident der Vereinigung *La Parole libérée*, François Devaux, das Urteil und bezeichnete die Verurteilung als einen „großen Sieg in Sachen Kinderschutz“.

Zehn Opfer Pater Preynats hatten den Kardinal und seine Mitarbeiter verklagt, weil sie versäumt hatten, den Priester vor Gericht zu stellen und ihn von seinen pastoralen Pflichten zu entbinden. Der Pfarrer hatte in den 1970er und 1980er Jahren in den Vororten von Lyon angeblich mehr als 70 junge Pfadfinder missbraucht. Das Ausmaß des Skandals hatte eine Schockwelle ausgelöst, die die Kirche von Frankreich weit über die Diözese von Lyon hinaus erschüttert hat. Der Erzbischof von Lyon ist der dritte französische Bischof, der in einem Fall sexuellen Missbrauchs verurteilt wurde. Im Jahr 2001 wurde Bischof Pierre Pican, der Bischof von Bayeux-Lisieux, zu drei Monaten Haft verurteilt, weil er sexuelle Übergriffe auf Minderjährige nicht angezeigt hatte. Vor kurzem, am 22. November 2018, wurde Bischof André Fort, ehemaliger Bischof von Orléans, zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, weil er pädophile Handlungen von Geistlichen dem Strafgericht von Orleans nicht gemeldet hatte. (*agence france presse*, 7.3.19; *Süddeutsche Zeitung*, 8.3.19)

Italien

(5143) **Palermo.** Teile des katholischen Klerus halten unverändert an der Unterstützung der Mafia fest. Ein Karmelitenpater der Diözese Palermo würdigte jüngst den verstorbenen und wegen seiner Brutalität besonders berüchtigten

Mafiaboss Tommaso Spadaro. In einer Gedenkmesse bezeichnete der Pater den Kriminellen als „unseren Bruder Tommaso“. Als ein Reporter den Geistlichen nachher auf seine wohlwollenden Worte zu Spadaro ansprach, entgegnete der Priester: „Passen Sie auf, was Sie sagen. Sonst zahlen Sie dafür. Der Herr präsentiert für solche Sachen die Rechnung.“ Der zuständige Bischof Lorefice kritisierte zwar das Verhalten des Priesters, doch wurden keinerlei disziplinäre Maßnahmen oder Strafen gegen ihn verhängt. Er darf weiterhin mit kirchlicher Erlaubnis für das Seelenheil von Mafiosi beten und Messen für sie abhalten. (*Vatican News*, 17.3.19)

(5144) **Verona.** Ultrakonservative Christen und rechtsextreme Politiker haben sich in Verona zu einem "Weltfamilienkongress" getroffen. Auf den Straßen protestierten fast 100.000 Teilnehmer gegen Intoleranz und Fremdbestimmung, u.a. mit dem Slogan "Über unsere Körper und unsere Vorlieben entscheiden wir selbst". Hinter dem Veranstalter steckt ein evangelikales Netzwerk aus den USA. Der *World Congress of Families* verfolgt nach eigenen Angaben das Ziel, "die natürliche Familie als einzige grundlegende und dauerhafte Einheit der Gesellschaft zu bestätigen, feiern und verteidigen". Als "natürliche Familie" gilt für sie allein die Konstellation Vater, Mutter, Kind. Konkret wendet sich die Veranstaltung in Verona vor allem gegen eine Gleichstellung Homosexueller und fordert ein Referendum zur Änderung des italienischen Abtreibungsgesetzes. In Italien besteht seit 1978 die Möglichkeit einer legalen Abtreibung, was die religiösen Extremisten strikt ablehnen. Homosexuelle können in Italien nicht heiraten, aber eine eingetragene Lebenspartnerschaft eingehen.

Italiens Innenminister Salvini von der rechtsextremen Lega-Partei war einer der Hauptredner. Er forderte, heterosexuellen Paaren zu helfen, mehr Kinder zu bekommen. Sein Koalitionspartner, die Fünf-Sterne-Bewegung, sieht die Veranstaltung hingegen kritisch. Deren Wertvorstellungen gehörten größtenteils "ins Mittelalter". Der Vatikan hielt sich von dem Kongress in Verona zwar fern, doch vertraten Papst und Kurie die Linie, das Treffen sei von der Sache her korrekt, aber von der Methode her verkehrt. (*Tagesschau*, 30.3.19)

Österreich

(5145) **Wien.** Die österreichische Regierung hat beschlossen, dass der Karfreitag künftig nur noch ein "persönlicher Feiertag" ist, den zwar jede Person beantragen kann, der aber auch auf das Urlaubskonto angerechnet wird. Ursprünglich war ein "halber" Feiertag für alle im Gespräch, der ab 14 Uhr gelten sollte. Bisher war der Karfreitag nur für die drei Prozent Protestanten und Altkatholiken ein bezahlter freier Tag, für alle anderen hingegen ein normaler Arbeitstag. Diese Privilegierung einer religiösen Gruppe hatte der Europäische Gerichtshof als diskriminierend und "gleichheitswidrig" aufgehoben. Die Kirchen zeigten sich überwiegend unzufrieden und forderten einen kompletten 14. Feiertag, was aber sogar die kirchennahe ÖVP mit Rücksicht auf die enormen Zusatzkosten für die Wirtschaft ablehnte. (*kathpress*, 19. u. 28.2.19; *Focus*, 27.2.19; vgl. *MIZ* 1/2019, Meldung 5113)

(5146) **Wien.** Der selbst tiefkatholische Bundeskanzler Kurz will für Schülerinnen und Schüler, die keinen Religionsunterricht besuchen, ab dem Schuljahr 2020/21 einen verpflichtenden Ethik-Unterricht einführen. Das hatte die katholische Bischofskonferenz schon vor zehn Jahren gefordert. „Ethik wird in Zukunft noch wichtiger werden“, begründete Bildungsminister Heinz Faßmann (ÖVP) die Entscheidung, die Teil des Regierungsprogramms war. Die Kirche sei immer weniger die normgebende Kraft; doch sei "eine solche" (christliche)

Kraft für den Zusammenhalt der Gesellschaft wichtig. Bisher können sich Schüler ab 14 Jahren vom Religionsunterricht abmelden, außerdem sind inzwischen 17 Prozent konfessionsfrei. (*kathpress* 5.3.19)

Anm. *MIZ*-Red.: Wenn schon Ethik als Pflichtfach, dann für alle und mit Religion als zusätzliches Wahlfach. Andernfalls hätten die Schüler ja wieder nicht dasselbe "Fundament", wenn für die einen die allgemeinen Menschenrechte und für die anderen ihre religiösen Werte oberste Richtschnur sind. Außerdem werden sich damit die Obergerichte beschäftigen, wenn einerseits der Besuch des Fachs "Religionslehre" freiwillig ist, andererseits aber bei Nichtteilnahme ein Ersatzpflichtfach vorgeschrieben wird.

Polen

(5147) **Warschau.** Polens katholische Bischöfe stellen sich gegen die aktuell in dem Land viel diskutierte Propagierung der Gleichberechtigung von Homosexuellen in Schulen und in der Berufswelt. Die Bischöfe sprachen sich in einer gemeinsamen Erklärung gegen die sogenannte LGBT-Charta aus. Sie behaupten, diese sehe zwar die Bekämpfung von Diskriminierungen vor, sie fördere „jedoch die Diskriminierung anderer“. Mit besonderer Sorge sehen die Bischöfe die Forderung, im Sexualkundeunterricht „Fragen der psychosexuellen Identität und der Geschlechteridentität“ einzuführen, wie es die Weltgesundheitsorganisation WHO fordere. Dies könne den Einfluss der christlichen Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder schmälern.

Zwar beteuerten die Kleriker, dass es ihnen nicht an "Respekt für die Würde" von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen mangle. Allerdings hätten sie vorrangig das „Gemeinwohl der gesamten Gesellschaft und vor allem die Rechte von Eltern und Kindern“ im Blick - womit sie unterstellen, dass Schwule und Lesben diesem katholisch definierten "Gemeinwohl" zuwiderlaufen. Dass ihnen der Respekt für Schwule und Lesben völlig abgeht, wird aus der Formulierung deutlich: „Die vorgeschlagenen alternativen Visionen des Menschen zählen nicht zur Wahrheit über die menschliche Natur, sondern beruhen auf einer fantasievollen ideologischen Anschauung.“ Dies sei „der europäischen Zivilisation völlig fremd“ und bedrohe auch die Zukunft Europas.

Gegen die LGBT-Charta läuft auch die rechtskonservative Regierungspartei *Recht und Gerechtigkeit* seit Monaten Sturm. Das Thema dominiert im katholisch geprägten, aber tief gespaltenen Polen den Wahlkampf für die Europawahl Ende Mai, und hier erweist sich der polnische Klerus als treuer Verbündeter der Rechtskonservativen. (*Vatican News*, 13.3.19)

(5148) **Warschau.** Die polnische Kirche hat erstmals etwas konkretere Angaben zum Ausmaß des sexuellen Missbrauchs in ihren Mauern präsentiert. Den Druck erhöht hatte im Jahr 2018 der Film „Klerus“, dessen Thema in Polen auf riesiges Interesse stieß. Über fünf Millionen Menschen sahen den Film an, der damit zum meistbesuchten Film in diesem Jahrhundert wurde.

382 Kinder und Jugendliche seien laut den Akten zwischen 1990 und Juni 2018 zweifelsfrei von sexuellen Übergriffen betroffen gewesen, teilte die Bischofskonferenz. 198 der Betroffenen waren demnach unter 15 Jahre alt. Hinzu kommen allerdings noch 243 „unbestätigte Opfer“. Dieser Begriff, der nicht näher erläutert wurde, legt nahe, dass hier Aussage gegen Aussage steht und die Kleriker eine Schuld leugnen. 58,4 Prozent aller 625 in der Studie erwähnten Minderjährigen sind den Angaben zufolge männlich, 41,6 Prozent weiblich.

In drei Vierteln der Fälle, deren absolute Zahl ebensowenig mitgeteilt wurde wie die Zahl der Täter, seien die *kirchlichen* (und nicht etwa staatlichen!) Prozesse gegen die

Geistlichen bereits abgeschlossen. Dabei sei jeder vierte Priester aus dem Klerikerstand entlassen worden. Weitere 40 Prozent wurden nach Angaben der Bischofskonferenz suspendiert, ermahnt oder ihnen wurde verboten, mit Minderjährigen zu arbeiten. Zehn Prozent der Geistlichen seien freigesprochen worden - von der Kirche, wohlgemerkt, nicht von Gerichten.

In 42 Prozent der Fälle hätten die Minderjährigen den Missbrauch der Kirche selbst mitgeteilt, in 21 Prozent deren Angehörige. Bei sechs Prozent erfuhr die Kirche von Staatsorganen davon und in fünf Prozent der Fälle aus den Medien.

Kritiker monierten, dass die kirchlichen Angaben nicht nur unvollständig seien, sondern auch nicht vom Staat oder unabhängigen Instanzen oder Journalisten nachprüfbar seien. Ob die kirchlichen Akten an die staatlichen Gerichte ausgehändigt werden oder schon wurden, blieb offen. (KNA, 15.3.19; *american press*, 15.3.19)

(5149) **Danzig.** Katholische Priester haben nach einer Messe Bücher und andere angeblich mit Okkultismus verbundene Gegenstände verbrannt. Die Stiftung *SMS vom Himmel* hatte zu der Aktion aufgerufen und Bilder der angezündeten Objekte in den Sozialen Netzwerken veröffentlicht. Zu sehen sind u.a. brennende Harry-Potter- und „Twilight“-Bücher, ringsum stehen Geistliche und Ministranten. Die Gegenstände hatten Gläubige zur Sonntagsmesse mitgebracht. Polnische Medien zogen Parallelen zu Bücherverbrennungen durch die Nazis in Deutschland. Auch die Diözese Koszalin-Kolobrzeg, in der 2012 die umstrittene Stiftung gegründet wurde, fand "diese Form unpassend", lehnte eine Distanzierung aber ab. Ihr Sprecher sagte vieldeutig: „Die Kirche wird Bedrohungen des Geistes immer ihre Aufmerksamkeit schenken, weil das ihre Mission ist.“ Er gehe davon aus, dass dies auch die Zielsetzung der Aktion gewesen sei. (KNA, 2.4.19)

Schweiz

(5150) **Zürich.** Die deutschen Pfarrer sind weltweit nicht mehr Spitzenverdiener unter den Klerikern. In der Schweiz verdient ein Priester durchschnittlich 9.000 Franken pro Monat, also rund 8.000 Euro. Das geht aus der neusten Ausgabe der in Zürich erscheinenden Dokumentation *Lohnbuch* hervor.

Die Gehälter variieren jedoch je nach Kanton und Diözese. „Für viele Kantone beträgt das Gehalt eines Priesters etwa 9.000 Franken pro Monat“, sagte Daniel Kosch, Generalsekretär der *Schweizerischen Katholischen Zentralkonferenz* (RKZ) gegenüber der Zeitung *20 Minuten*. Er hält diese Bezahlung für „ein berechtigtes Gehalt“. Schließlich habe ein Priester eine höhere Ausbildung absolviert.

„In der Diözese Sitten (Sion) werden die Gehälter der Priester in das kantonale Netz der Grundschullehrer aufgenommen“, sagt Stéphane Vergère, Verwalter der Diözese, gegenüber *cath.ch*. Konkret beginnt das Gehalt eines Priesters dort bei 5.900 Franken brutto und steigt auf 8.000 Franken. „Die Höhe der Vergütung ist in 11 Lohnklassen unterteilt.“ Im Kanton Bern, so Stéphane Vergère, könne das Gehalt eines Priesters bis zu 14.000 Franken pro Monat betragen.

In der Westschweizer Diözese Lausanne-Genf-Fribourg ist die Vergütung der Priester pro Jahr auf rund 75.000 Franken festgelegt, sagt Dominic Pittet, Generalsekretär der römisch-katholischen Kirche in jener Diözese. Er hält den von Daniel Kosch angegebenen Durchschnitt für angemessen.

Deutsche Kleriker sind mit einem Durchschnittsgehalt (inklusive aller Nebenleistungen) von 6000 Euro im Monat vergleichsweise "arme Schlucker", verdienen aber immer noch mehr als 95 Prozent aller in Deutschland Beschäftigten. (*kath.ch*, 27.3.19)

Spanien

(5151) **Madrid/Vatikanstadt.** Der Vatikan steht der Umbettung des ebenso brutalen wie fanatisch-katholischen Diktators Franco nicht im Weg. Nach Angaben von Vizeregierungschefin Carmen Calvo sagte das Staatssekretariat des Heiligen Stuhls zu, die Benediktiner als Hausherren der Basilika anzuweisen sich entsprechenden Plänen des sozialistischen Premiers Pedro Sanchez nicht entgegenzustellen. Sanchez hatte bereits gedroht, den Benediktinern das Hausrecht über das Tal der Gefallenen zu entziehen. Deren Abt Cantera wollte sich hingegen nur einer Entscheidung des Obersten Gerichts beugen, falls die Nachkommen Francos weiterhin den Plan der Regierung ablehnten.

In Spanien wird seit Monaten heftig über die Umbettung gestritten, die nach dem Willen der Regierung längst hätte vollzogen sein sollen. Ende August 2018 hatte sie ein Dekret auf den Weg gebracht, um die notwendigen juristischen Voraussetzungen zu schaffen. Der spanische Kongress stimmte Mitte September zu. Ein neuerlicher Kabinettsbeschluss vom 15. Februar sah vor, den Angehörigen 15 Tage Zeit zu geben, um einen geeigneten Bestattungsort zu wählen. Eine Familiengruft in der Madrider Almudena-Kathedrale lehnte die Justizministerin ab. Zu groß sei die Gefahr, dass eine neue Pilgerstätte für Rechtsextreme entstehe.

Erhebliche Widerstände im traditionell konservativen spanischen Klerus und bei Rechtsextremen erschwerten bislang eine Verlegung des Grabes, das sich in der Sierra de Guadarrama nahe Madrid befindet. Die dortige Gedenkstätte mit dem mehr als 150 Meter hohen freistehenden Steinkreuz und einer riesigen in den Fels gehauenen Kirche hatte Franco noch zu Lebzeiten errichten lassen.

(*Süddeutsche Zeitung*, 22.2.19; *kathpress*, 23.2.19)

(5152) **Alcala de Henares.** Spanische Behörden in Spanien haben eine Untersuchung wegen „Therapie“-Angeboten des Bistums Alcala de Henares eingeleitet, mit denen homosexuelle junge Menschen von ihrer Orientierung „geheilt“ werden sollten. Derlei Behandlungen sind in der Region Madrid verboten. Ein 2016 von der Madrider Regionalregierung beschlossenes Gesetz gegen „LGTB-Phobie“ und sexuelle Diskriminierung sieht Bußgelder in Höhe von bis zu 45.000 Euro vor. Das Bistum behauptet nun, es sei nur um eine „Schulung“ in Sachen Sexualerziehung gegangen. (*El Diario*, 2.4.19)

Vatikan

(5153) **Vatikanstadt.** 2018 sind im Vatikan 75 Personen festgenommen und weitere sechs Personen zu längeren Haftstrafen verurteilt worden. Dies geht aus dem Bericht hervor, den der vatikanische Staatsanwalt Gian Piero Milano zur Eröffnung des Gerichtsjahres 2019 für den Vatikanstaat vortrug. Weiterhin wurden 86 Anzeigen wegen Diebstählen eingereicht. Überdies wurden den vatikanischen Behörden 97 Klagen wegen Beschädigungen und 15 Anzeigen wegen Betrugsversuch vorgelegt. Zudem ging die Justiz gegen Unregelmäßigkeiten im Wirtschafts- und Finanzbereich vor. Damit gehört der Vatikan, gemessen an der Einwohnerzahl, zu den kriminellsten Staaten Europas. Konsequenterweise stellte der Heilige Stuhl nun einen zusätzlichen Staatsanwalt und einen neuen Richter ein. (*Vatican News*, 16.2.19)

(5154) **Vatikanstadt.** Die Mitte Februar im Vatikan anberaumte dreitägige Kindermisbrauchskonferenz begann mit einem Paukenschlag. Just zu Beginn musste der Vatikansprecher eingestehen, dass ein hochrangiger Mitarbeiter des höchsten Vatikangerichts, der 70-jährige Joseph Plunderson, bereits im Herbst 2018 in Pension geschickt wurde. Ein aufmerksamer Journalist fand heraus, dass er in seinem Heimatbistum Trenton im US-Bundesstaat New Jersey auf einer Liste von

200 "glaubhaft beschuldigten" Missbrauchstätern stand und dort als "aus dem Dienst entfernt" gelistet war. Offensichtlich wollte der Heilige Stuhl diese Tatsache verschweigen, während die Kirchenfürsten bei der Missbrauchskonferenz ihre bisherigen Vertuschungsbemühungen zumindest rhetorisch bedauerten. Auf künftige Transparenz wollten sie sich aber auch nicht festlegen. Auf die Frage, ob die Kirchenleitung mit der Aufarbeitung von Missbrauch auch in die Vergangenheit zurückgehen werde, sagte US-Kardinal O'Malley, darüber sei bei dem Treffen nicht viel gesprochen worden. Immerhin sei als Anregung gekommen, „jeden Begriff von ‚päpstlichem Geheimnis‘ zu überarbeiten.“ Dieses "päpstliche Geheimnis" ist eine amtliche Verschwiegenheitspflicht für kirchliche Verfahren oder Vorgänge, bisher darf es auch aus "schwerwiegenden Gründen" nicht verletzt werden.

Inzwischen scheint die Zahl der Vertuscher unter den Bischöfen derart groß geworden zu sein, dass die Glaubenskongregation nun eine Liste von Bischöfen vorbereiten will, die "nicht angemessen" gegen Missbrauch vorgegangen sind.

(*Vatican News*, 21. u. 22.2.19)

Der Münchner Kardinal Marx hob in seinem Referat hervor, dass auch der Machtmissbrauch in der kirchlichen Verwaltung viel zu den Missbräuchen und deren Vertuschungen beigetragen habe. (*Vatican News*, 23.2.19) Er forderte genau jene Transparenz, die er 2012 selbst verweigert hatte, als er den ursprünglich mit der Missbrauchs-Untersuchung beauftragten Kriminologen Pfeiffer entmachten ließ. (vgl. dessen aufschlussreiches Interview in der *Zeit* vom 17.4.19). Am nächsten Tag verteidigte Marx auch die abschließende Ansprache des Papstes, die ansonsten heftige Enttäuschung hervorrief, weil sie keine konkreten Maßnahmen beinhaltete. Selbst der in Deutschland für Missbrauchsfragen zuständige Bischof Ackermann nannte die Papstrede "ein bisschen vage". Auch katholische Jugendverbände äußerten sich offen "enttäuscht". Der Opferverband forderte die Abberufung aller Bischöfe, die sich der Vertuschung schuldig gemacht hatten, und die Entlassung der Täter aus dem Priesterstand - auch wenn es dann weltweit etwa 20.000 Kleriker weniger gäbe. Die eigentlich eher kirchenfreundliche *Augsburger Allgemeine* titelte ihren Leitartikel "*Der Papst ist nicht bereit, die Kirche zu erneuern. Der Anti-Missbrauchs-Gipfel im Vatikan ist ein Schlag ins Gesicht der Opfer. Den Worten folgen keine Taten. Verantwortlich ist Franziskus höchstpersönlich*". (*Vatican News*, 25.2.19; *Augsburger Allgemeine*, 25.2.19)

Anm. MIZ-Red.: Kurz darauf verkündete der Papst in großer Aufmachung, dass künftig Sexualstraftäter unter den Priestern umgehend aus dem Dienst zu entfernen seien. Ganz beiläufig wurde aber bekannt, dass dies nur für das winzige Territorium des Vatikan selbst gilt, nicht aber für alle anderen Länder.

(5155) **Vatikanstadt.** Entgegen allen Beteuerungen von Vertretern des Heiligen Stuhls bleiben Frauen im Vatikan weiterhin diskriminiert. Dies mussten auch die elf Mitarbeiterinnen des Frauenmagazins im *Osservatore Romano* erfahren, nachdem sie zuletzt über den Missbrauch von Nonnen berichtet hatte. Nach massivem männlichem Druck trat die weibliche Redaktion geschlossen zurück, weil sie sich unter "direkter männlicher Kontrolle" sah. "Wir werfen das Handtuch, weil wir uns von einem Klima des Misstrauens umgeben fühlen, in dem uns zunehmend die Legitimation abgesprochen wird", schrieb die Gründerin von des Magazins *Donne Chiesa Mondo* (Frauen Kirche Welt), Lucetta Scaraffia, in einem Brief an den Papst. Chefredakteur Monda wies die Vorwürfe zurück und beteuerte, er habe der Redaktion der Frauenbeilage "vollständige Autonomie und Freiheit garantiert". Im Februar hatte das Magazin die Untätigkeit der katholischen Kirche angesichts des Missbrauchs von Nonnen angeprangert: "Wenn die Kirche weiter die Augen vor dem Skandal verschließt, wird sich an der Unterdrückung von Frauen in der Kirche niemals etwas ändern." Der Papst hatte daraufhin selbst eingeräumt, dass sexuelle

Misshandlungen von Ordensschwwestern ein Problem in der Kirche sind.
(*Deutschlandfunk*, 26.3.19; *Vatican News*, 26.3.19)

(5156) **Vatikanstadt/München/Berlin.** Der Ex-Papst Joseph Ratzinger hat in einem mehrseitigen Aufsatz, abgedruckt im bayerischen *Klerusblatt*, endlich mal aufgedeckt, wer wirklich schuld ist an den pädophilen Auswüchsen der katholischen Priester: die 68er-Bewegung war es, die die damalige Gesundheitsministerin Strobel zu Sexualaufklärungsfilmern veranlasste. Darin sei "alles, was bisher nicht öffentlich gezeigt werden durfte, einschließlich des Geschlechtsverkehrs, nun vorgeführt" worden. Auch die Schwulen mit ihren "homosexuellen Clubs" sowie die "Auflösung der moralischen Lehrautorität der Kirche" seien mitschuld. Nicht verantwortlich sei hingegen die Kirche, die ja "wehrlos gegenüber den Vorgängen in der Gesellschaft" und damit letztlich selbst ein Opfer sei. Selbstkritik ist ihm fremd, innerkirchliche Reformbestrebungen lehnt er rundweg ab: "Die Idee einer von uns selbst besser gemachten Kirche ist in Wirklichkeit ein Vorschlag des Teufels", schrieb er. Kommentatoren aller Richtungen meinten übereinstimmend, der Ex-Papst habe von der heutigen Welt offenbar nichts verstanden und es wäre besser gewesen, er hätte geschwiegen.

Im Gegensatz zu Ratzinger forderte der Leiter des Katholischen Büros in Berlin die Kirche auf, ihre schweren Fehler und Versäumnisse zuzugeben und einen selbstkritischen Weg der Umkehr zu gehen. (*Augsburger Allgemeine*, 12.4.19; *Süddeutsche Zeitung*, 12.4.19; *KNA*, 15.4.19)

Nordamerika

Vereinigte Staaten

(5157) **Charleston.** Der Generalstaatsanwalt im US-Bundesstaat West Virginia hat das Bistum Wheeling-Charleston wegen wissentlicher Beschäftigung von Pädophilen angeklagt. Das Bistum habe es versäumt, eine „sichere Lernumgebung“ zu schaffen. Vor allem warf er dem aktuellen Bischof und seinen beiden Vorgängern vor, keine ausreichenden Hintergrundüberprüfungen bei Seelsorgern und anderen Angestellten vorgenommen zu haben. Die in den Schulen des Bistums sowie bei weiteren Bildungs- und Freizeitangeboten beobachteten Verfehlungen standen „in scharfem Kontrast zu der von der Diözese angekündigten Mission, eine sichere Lernumgebung zu schaffen“. Damit habe das Bistum, das den gesamten Bundesstaat West Virginia umfasst, gegen Verbraucherschutzgesetze verstoßen. „Eltern, die die Diözese Wheeling-Charleston und ihre Schulen mit der Bildung und Betreuung ihrer Kinder betrauen und bezahlen, verdienen volle Transparenz“, so der Generalstaatsanwalt. Das Bistum steht seit längerem in den Schlagzeilen. Derzeit leitet ein Amtsvertreter die Diözese, denn Bischof Bransfield darf keine priesterlichen oder bischöflichen Dienste mehr ausüben. Hintergrund sind Vorwürfe gegen ihn wegen sexueller Belästigung Erwachsener sowie finanzieller Unregelmäßigkeiten im Bistum. Unlängst hatte das Bistum angekündigt, dass es seinen Untersuchungsbericht im Zusammenhang mit den Vorwürfen gegen Bischof Bransfield abgeschlossen habe. Der Generalstaatsanwalt drängt nun darauf, diesen Bericht freizugeben. Die Kirche müsse uneingeschränkt mit der Justiz zusammenarbeiten, um alle Rechtsverletzungen aufzudecken. (*KNA*, 20.3.19)

(5158) **Washington.** Die katholischen US-Bischöfe stellen sich gegen den Entwurf des Gleichstellungsgesetzes, der jüngst in den Kongress eingebracht wurde. Der sogenannte „equality act“ will die Diskriminierung von Personen beenden, die sich

als Lesben, Schwule, Bisexuelle oder Transgender („LGBT“) definieren. Zum Zweck der Gleichstellung solcher Menschen sieht das Gesetz vor, die Definition von „Geschlecht“ um die neuen Begriffe „sexuelle Orientierung“ und „Geschlechtsidentität“ im bürgerlichen Gesetz der USA zu ergänzen. Nun warnen die Bischöfe, dies hätte weitreichende Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung, den Rechtsschutz von Frauen und Mädchen, gemeinnützige Dienste für bedürftige Bevölkerungsgruppen, Schulen und Sport, den Schutz der Privatsphäre, die Religions- und die Meinungsfreiheit sowie möglicherweise die Elternrechte. Warum sich die neuen Regelungen allerdings „zum Nachteil der Gesellschaft als Ganzes“ auswirken sollen, blieb rätselhaft. Die Bischöfe mutmaßen, eine flexible Handhabung des Begriffs „Geschlechtsidentität“ könnte unter Umständen zu mehr physischer Gewalt führen, wenn etwa in „neutralen“ Toiletten Böswillige die Situation ausnutzten (was „Böswillige“ allerdings auch in jeder anderen Lage tun könnten, wie die Oberhirten aus den Erfahrungen mit ihren eigenen Klerikern ja wissen). Außerdem wären Notunterkünfte für traumatisierte Frauen dann evtl. verpflichtet, auch Personen aufzunehmen, die sich von ihrer Geschlechtsidentität her als transgender definieren, biologisch aber Männer sind. Unterzeichnet ist der Brief u.a. von den Vorsitzenden der Ausschüsse für „Religionsfreiheit“ und „Förderung und Verteidigung der Ehe“. (*Vatican News*, 21.3.19)

Lateinamerika

Chile

(5159) **Santiago.** Die katholische Kirche Chiles findet offenbar keinen Vorsitzenden der nationalen Bischofskonferenz mehr, der weder Kinderschänder noch Vertuscher von klerikalen Kinderschändungen war. Nach Santiagos ehemaligem Bischof Kardinal Ricardo Ezzati wird nun auch dessen Übergangs-Nachfolger Bischof Celestino Aós die Vertuschung von Missbrauch vorgeworfen. Ein ehemaliger Seminarist präsentierte hierfür der Öffentlichkeit offensichtliche Beweise, wie die Tageszeitung *Nacion* berichtete.

Unabhängig davon überstellte der Vatikan inzwischen Akten an die Staatsanwaltschaft in Santiago – 20 Dokumente im Gesamtumfang von über 200 Seiten. Dort ermittelt die Behörde in 158 Fällen gegen 219 Kirchenmitarbeiter wegen Missbrauchs. Bei den mutmaßlichen Opfern gehe es um 241 Menschen, von denen 123 zum Tatzeitpunkt minderjährig waren. Auch gegen Kardinal Ezzati läuft ein Ermittlungsverfahren der chilenischen Staatsanwaltschaft.

(*Nacion*, 25.3.19; *CNN Chile*, 25.3.19; *KNA*, 26.3.19)

Costa Rica

(5160) **San José.** Staatliche Ermittler sind in Lateinamerika offenbar weniger zimperlich mit kirchlichen Behörden als in Europa. In Costa Rica durchsuchten sie die Büros des Erzbischofs von San José und der Bischofskonferenz. Dabei forschten sie nach Informationen über zwei Priester, denen sexueller Missbrauch vorgeworfen wird. Die Durchsuchung wurde live vom Fernsehen übertragen. Dabei war zu sehen, dass Beamte Dokumente und Computer in zwei Gebäuden im Zentrum von San José beschlagnahmten. Die Staatsanwaltschaft erklärte, es würde nach Hinweisen gesucht, ob Erzbischof José Rafael Quiros oder andere Kirchenleute Missbrauchsfälle von Priestern vertuscht haben oder nicht. Die Kirche versicherte, in vollem Umfang mit den Ermittlern zu kooperieren. Erst nachträglich beschwerten sich

die Bischöfe über den richterlichen Durchsuchungsbeschluss. (*americian press*, 8.3.19; *Vatican News*, 10.3.19)

Guam

(5161) **Agaña**. Auf der westpazifischen Insel Guam praktizierte der Heilige Stuhl erstmals seine neue "harte Linie" gegenüber Missbrauchstätern im Bischofsrang. Erst nachdem der örtliche Erzbischof Anthony Apuron nach jahrelang zurückliegenden Missbrauchsvorwürfen auch in zweiter Instanz für schuldig befunden wurde, übernimmt sein Amt nun ein Nachfolger, der schon seit 2016 als Stellvertreter eingesetzt worden war. Mehrere ehemalige Messdiener hatten den Erzbischof beschuldigt, sie früher sexuell missbraucht zu haben. Erst 2018 wurde Apuron von der Römischen Glaubenskongregation - und nicht etwa von staatlichen Gerichten, vor denen ihn die Mutter Kirche stets geschützt hatte - wegen sexuellen Missbrauchs verurteilt. Der Erzbischof legte Widerspruch ein, doch nun bestätigte die Kongregation das Urteil in zweiter Instanz. Apuron zeigte sich uneinsichtig und kritisierte das Urteil; er sei Opfer einer „koordinierten Kampagne“. Nun darf er sich zwar nicht mehr im Bereich des Erzbistums aufhalten, bleibt aber weiterhin Priester und Bischof mit entsprechender Versorgung. Nur darf er nicht mehr die Bischofsinsignien – Bischofsstab, Brustkreuz und Mitra – tragen. (*KNA*, 6.4.19)

Kolumbien

(5162) **Bogota**. Kardinal Ruben Salazar hat in einem Interview mit der Wochenzeitung *Semana* eingeräumt, dass es in Kolumbien mehr als 100 Fälle von sexuellem Missbrauch durch Priester gebe. „Allein in Bogota kennen wir 12 Fälle von Missbrauch, und für ganz Kolumbien können wir von mehr als 100 Fällen sprechen ... Etliche Bischöfe glauben aber immer noch, dass dies gelöst werden kann, wenn man dies intern bespricht, und dass eine Beschwerde nicht notwendig ist. Sie sehen das als moralisches Problem des Priesters an und nicht als zivilrechtliches Verbrechen“, führte er aus.

Noch im Oktober 2015 hatte Bischof Luis Augusto Castro Quiroga, damals Vorsitzender der Kolumbianischen Bischofskonferenz, angegeben, dass er „zu diesem Zeitpunkt nicht weiß, ob es Fälle von Pädophilie gibt“. „Ich denke, es gab sie in der Vergangenheit, aber das sind ganz außergewöhnliche Fälle. Man kann nicht sagen, dass die katholische Kirche dafür verantwortlich ist“, so Castro Quiroga damals. Inzwischen haben die sozialen Netzwerke und die säkulare Presse dem Klerus gewaltig auf die Sprünge geholfen, gab Kardinal Salazar zu. Nun versprach er, dass die Kirche alle bisher erhobenen Vorwürfe von Missbrauch neu untersuchen werde. (*Vatican News*, 13.3.19)

Afrika

Ruanda

(5163) **Kigali**. Ruanda ist noch immer geprägt vom Völkermord, der vor einem Vierteljahrhundert die Infrastruktur zerstörte und massive Spaltungen verursachte. Damals wurden binnen dreier Monate bis zu 800.000 Tutsi und gemäßigte Hutu von radikalen Hutu-Milizen ermordet, wobei die katholische Kirche des Landes eine verheerende Rolle spielte. Peter Meiwald vom katholischen Hilfswerk *Misereor* warf ihr im Interview mit *Vatican News* vor, den für den Heilsprozess dringend notwendigen Dialog auch heute noch zu verweigern. "Man muss leider sagen, dass

die Kirche sich sehr schuldig gemacht hat. Sie war prägender Teil im Völkermord. Bei den Tätern hat es Priester gegeben, auch bei denen, die weggeschaut bzw. das alte System stabilisiert haben. Als Institution hat die Kirche im Rahmen des Völkermords wirklich versagt und es hat viel zu lange gedauert, das öffentlich anzuerkennen und um Entschuldigung zu bitten." Heute müsse man davon ausgehen, dass die Ruander ein schwieriges Verhältnis zur Kirche haben. "Sie haben viel Vertrauen in die katholische Kirche und in andere Religionsgemeinschaften verloren." (*Vatican News*, 6.4.19)

Asien

Brunei

(5164) **Bandar Seri Begawan.** Der autoritär regierte islamische Kleinstaat Brunei führt trotz internationaler Proteste die Todesstrafe für Homosexuelle ein, wenn die Partner tatsächlich Sex haben. Grundlage für die dann folgende Steinigung ist die Scharia. Betroffen sind auch Ausländer. Schwule und Lesben sind dort seit Jahrzehnten unterdrückt. (*dpa*, 29.3.19)

Anm. *MIZ*-Red.: Kurz vor Redaktionsschluss zeigten die weltweiten Proteste Wirkung: Der Herrscher beschloss die Anwendung des neuen Gesetzes "vorerst" auszusetzen.

Indien

(5165) **Jalandha.** Dem indischen Bischof Franco Mulakkal droht wegen schweren Sexualdelikten eine lebenslange Haft. Eine Ordensfrau beschuldigt den Bischof, sie zwischen 2014 und 2016 bei Besuchen in Kerala mehrfach vergewaltigt zu haben. Er selbst bewertet die Vorwürfe als Racheakt, doch scheint es Zeuginnen gegeben zu haben, denn mehrere Ordensfrauen protestierten wiederholt öffentlich vor dem Obersten Gerichtshof Keralas und forderten die Verhaftung des Bischofs. Die betroffene Nonne wandte sich schließlich aus Frustration über die Untätigkeit der örtlichen Polizei und Kirche im Frühjahr 2018 in einem langen Brief an den Vatikan, der im September einen Übergangsleiter für die Diözese des 55-Jährigen ernannte, ohne jedoch den Bischof abzusetzen. Am 21. September 2018 wurde der Bischof festgenommen, drei Wochen später aber gegen Kautions- und Reiseauflagen wieder auf freien Fuß gesetzt. Nach Abschluss der Ermittlungen legen die Justizbehörden dem Bischof nunmehr Vergewaltigung, Nötigung und Freiheitsberaubung zur Last. Mulakkal ist damit der erste indische Bischof, dessen Name in einem polizeilichen Anklageprotokoll auftaucht. Der Fall schlägt in ganz Indien seit Monaten hohe mediale Wellen und erschüttert die katholische Kirche. (*kathpress*, 10.4.19)

Philippinen

(5166) **Manila.** Der philippinische Präsident Duterte fordert die Todesstrafe für geistliche Missbrauchstäter. In einer viel beachteten Rede sagte er laut einheimischen Medienberichten, er würde Geistliche, die sich an Kindern vergehen, „wirklich umbringen“. Die Welt wäre eine bessere, wenn man solche Priester „noch heute töten“ würde. (*KNA*, 27.3.19)

Anm. *MIZ*-Red.: Dass sich die katholische Kirche darüber heftig erregt, ist verständlich. Schließlich brächte man mit einem solchen Massenmord in manchen Landstrichen die klerikalen Aktivitäten weitgehend zum Erliegen.

Türkei

(5167) **Ankara.** Staatschef Erdogan strebt weiterhin enge Kontakte zum Vatikan an mit dem Ziel, den Einfluss des Religiösen in Europa zu stärken. Daher ernannte er seinen Ex-Pressesprecher Göktaş zum neuen türkischen Botschafter beim Heiligen Stuhl. Er studierte islamische Theologie an der Marmara-Universität in Istanbul und hat einen Abschluss in Religionsgeschichte der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom. Auch sein Vorgänger auf dem Botschafterposten, Mehmet Pacaci, war Theologe und nicht Berufsdiplomat; er diente zuvor als Spitzenbeamter im türkischen Religionsamt. (KNA, 22.3.19)

Ozeanien

Australien

(5168) **Melbourne.** Wie erst Ende Februar bekannt wurde, ist Kardinal Pell, einst die Nummer drei der vatikanischen Hierarchie nach Papst und Kardinalstaatssekretär, bereits im Dezember 2018 wegen des Missbrauchs von zwei 13-jährigen Chorknaben schuldig gesprochen worden. Zwei Tage später wurde er verhaftet. Während Pell alle Vorwürfe leugnete und in Berufung gehen will, räumte sein Anwalt Übergriffe seines Mandanten ein und entschuldigte sich dafür, diese als "Blümchensex" heruntergespielt zu haben. (Augsburger Allgemeine, 26.2., 28.2. u. 1.3.19)

Als Strafmaß wurden zwei Wochen später sechs Jahre Haft festgesetzt, wobei das Alter des 77-Jährigen mildernd berücksichtigt wurde. Nach drei Jahren und acht Monaten Haft kann der Rest auf Bewährung ausgesetzt werden. Der Papst hat Pell bisher weder aus dem Priesterstand entfernt noch ihm den Kardinalsrang aberkannt. (katholisch.de, 13.3.19)